

## Erholung und Ruhe im Wald Längholz

### **Antrag**

Der Gemeinderat prüft unter Einbezug der Waldbesitzer und der Gemeinden Brügg und Orpund:

1. Wie kann die Bewirtschaftung des Längholzwaldes besser auf die Bedürfnisse der Naherholung und Biodiversität ausgerichtet werden?
2. Was sind die finanziellen Konsequenzen dieser Anpassungen (Mehr- oder Minderaufwand) unter Berücksichtigung möglicher Bundesbeiträge (z.B. Biodiversitätsbeiträge für Alt- und Totholzinseln, Waldrandaufwertungen, Biotopbäume)?
3. Wie könnte die Stadt Biel zusammen mit den Gemeinden Brügg und Orpund diese insgesamt nachhaltigere Waldbewirtschaftung im Sinne der Bevölkerung aktiv unterstützen?
4. Innerhalb welches Zeitraums liesse sich diese Umstellung realisieren?

### **Begründung**

Der Bieler Wald Längholz wird seit mehreren Jahren zunehmend mit grossen Forstmaschinen intensiver bewirtschaftet, um die Wirtschaftlichkeit zu verbessern. Dieser Wald dient aber vielen Menschen diverser Bieler Quartiere (Mösli, Linde, Mett, Innenstadt), aber auch der Nachbargemeinden Brügg und Orpund als wichtiges Naherholungsgebiet. Die intensivere Bewirtschaftung löst bei vielen Besucherinnen und Besuchern Irritation aus und stösst zunehmend auf Unverständnis. 2015 organisierte der Quartierverein Mösli deshalb zusammen mit dem zuständigen Staatsforstbetrieb des Kantons Bern eine Waldbegehung. Dort zeigte sich deutlich, dass die Bevölkerung mit Blick auf Naherholung und Biodiversität eine schonendere Waldbewirtschaftung fordert. Die immer stärkere Ausrichtung auf die Wirtschaftlichkeit wurde stark kritisiert und in Frage gestellt. Gleichzeitig wurde auch Verständnis für den Staatsforstbetrieb geäussert, da dieser lediglich die Vorgaben des Berner Regierungsrates umsetzt. Um eine Veränderung einzuleiten, braucht es deshalb veränderte (politische) Vorgaben für die Bewirtschaftung in diesem wichtigen Naherholungsgebiet. Der Bieler Gemeinderat soll zusammen mit den Nachbargemeinden Brügg und Orpund eine bessere Berücksichtigung der Interessen ihrer Bevölkerung gegenüber dem Kanton einfordern. Dazu braucht es in einem ersten Schritt entsprechende Entscheidungsgrundlagen.

Für die SP Fraktion

Grüne

Susanne Clauss

Christoph Grupp